

Das Sternchen soll verschwinden

Eine Initiative will die Gendersprache an Baselbieter Schulen verbieten. Die Gegnerschaft übt Kritik.

Dimitri Hofer

Ein behaarter grüner Monsterarm mit einer regenbogenfarbenen Armbinde, auf der ein schwarzer Stern prangt. Die langen dünnen Finger greifen nach drei lesenden Kindern im Primarschulalter: Die Verantwortlichen der sogenannten Kinderschutzinitiative, die an Baselbieter Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen die Gendersprache verbieten will, fahren schwere Geschütze auf.

Gendersternchen und Doppelpunkt sind Sarah Regez, Peter Riebli und Jacqueline Wunderer ein Dorn im Auge. Auch wenn sie bei der Präsentation in Liestal betonten, dass es sich um ein überparteiliches Komitee handle, waren die drei SVP-Vertreter unter sich. «Wir haben Unterstützungszusagen von namhaften Exponenten bürgerlicher wie auch linker Parteien», erklärte SVP-Landrat und Fraktionspräsident Peter Riebli. Diese würden sich erst zu erkennen geben, wenn der Initiativtext steht.

Derzeit sind die drei daran, den genauen Wortlaut zu defi-

nieren, um die Initiative bei der Landeskanzlei einzureichen. Wird die Initiative genehmigt, können sie mit dem Sammeln der Unterschriften beginnen. Es ist davon auszugehen, dass es ihnen gelingt, die 1500 für eine kantonale Volksinitiative nötigen Unterschriften zusammenzukriegen. Ziel ist, dass künftig an Schulen nur noch die männliche und die weibliche Form oder das generische Maskulinum gestattet sein sollen.

Gendersprache sei Angriff auf die freie Gesellschaft

Trotz des Dreierteams wirkte die Medienorientierung ein wenig wie eine Wahlkampfveranstaltung für Sarah Regez, die für die SVP für den Nationalrat kandidiert und von ihrer Partei gepusht wird. «Momentan ist Gendersprache in aller Munde und hat die ursprüngliche männliche und weibliche Form und das generische Maskulinum zu grossen Teilen abgelöst», sagte die 29-Jährige, die das Initiativkomitee präsidiert. An Hochschulen seien Genderleitfäden bereits Alltag und teilweise sogar noten-



Der Genderstern sorgt immer wieder für Diskussionen. Im Baselbiet könnte bald das Volk darüber abstimmen. Bild: Getty Images

relevant. Der Genderstern und andere typografische Zeichen in Wörtern beeinträchtigten zudem die Lesbarkeit von Texten.

Noch markigere Worte wählte Peter Riebli: «Man will den Leuten ein falsches Denken, eine erfundene Wirklichkeit einpflanzen. Und damit sollen und dürfen nicht schon unsere Kinder belastigt werden.» Für ihn sei die Gendersprache ein Angriff auf die freie Gesellschaft.

Für Riebli steht fest: «Das dunkelste Kapitel der Genderbewegung ist ohne Zweifel, dass sie Kinder vom Kindergartenalter an mit ihren queeren Vorstellungen überfüttert.»

Es gäbe viel wichtigere Probleme als das Gendern

Mit dem Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland (LVB) habe man nicht gesprochen, gestand Riebli ein. Eine Anfrage dieser

Zeitung an den LVB, wie er zur Initiative steht, blieb gestern unbeantwortet. Meist lassen es die Volksschulen im Baselbiet den Lehrpersonen offen, ob sie gendern oder nicht. Eine einheitliche Regelung existiert nicht. In der Stadt Zürich wurde im Mai eine Initiative eingereicht, die den Genderstern aus offiziellen Dokumenten verbannen will. Im Aargau ist der Genderstern an Kantonsschulen verboten.

An der Sekundarschule Aesch herrschen weder Gebote noch Verbote zur Gendersprache. «Wenn man inklusive Sprache brauchen will, sollte man das dürfen», sagt SP-Landrat Jan Kirchmayr, der an der Sek Aesch als Lehrer tätig ist. In einigen Fällen brauche er im Unterricht das Gendersternchen, in anderen verwende er die männliche und die weibliche Form, sagt er. «Ich bin gegen Sprachverbote. Wir haben viel wichtigere, echte Probleme zu lösen.» Für Kirchmayr ist die Initiative vor allem eines: «Rechtsradikaler Kulturkampf, der an den Schulen ausgetragen wird.»